Preis 15 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Erscheint täglich einmal, außer an Sonn- u. Feiertagen. **Bezugspreis,** im voraus zahlbar: Monatlich **2** ℳ (einschl. **47** ₰ Zustellungsgebühr), wöchentlich **50** ₰ (einschl. **11** ₰ Zustellungsgebühr). Für Abholer wöchentlich **45** ₰. Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld.
Redaktion: Fehlandstr. 11, I. Fernsprecher: Sammel-Nr. 35 17 01, Nachtruf 35 23 21, 35 35 03. Verantwortl. Redakteur: **J. Richter, Altona.** Druck und Verlag: Auer & Co., Fehlandstraße 11, I. Fernspr.: Sammel-Nummer 35 18 31, Nachtruf 35 36 83.
Buchhandlung: Kaiser-Wilhelm-Straße 14/16, Fernspr.: 35 43 73, 35 53 39

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark, die 13gespaltene Nonpareillezeile **45** ₰. **Private Familienanzeigen 30** ₰. **Stellenangebote 35** ₰. **Stellengesuche 25** ₰. **Bäderanzeigen 30** ₰. **Kleine Anzeigen** bis 9 Zeilen, die Zeile **30** ₰, 10 bis 15 Zeilen die Zeile **35** ₰. **Reklamezeile 3,50** ℳ. Anzeigen müssen im voraus od. sof. bezahlt werden. **Anzeigenannahme** Fehlandstraße 11, Hochparterre, Fernsprecher: Sammel-Nummer 35 17 01, Nachtruf 35 24 61 **(bis 6 Uhr abends)** in den Filialen und in allen anerkannten Anzeigen-Annahmestellen. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 82 | **Sonnabend, 2. April 1932** | **58. Jahrgang**

Die Eiserne Front ruft:

Schlagt Hitler! — Mehr Stimmen für Hindenburg!

An alle freiheitlich gesinnten Frauen und Männer!

Am 13. März brach der faschistische Generalangriff auf die freiheitlichen Rechte des deutschen Volkes zusammen. Frauen und Männer der Eisernen Front! Vollendet den Sieg, den Ihr erstritten!

Niemand lasse sich durch die Behauptung beirren, der Wahlgang am 10. April habe nur formale Bedeutung.

Der 13. März brachte die Niederlage Hitlers. Der 10. April muß mit der Wahl Hindenburgs den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Bewegung herbeiführen.

Schlagt Hitler — mehr Stimmen für Hindenburg!

Das ist die Parole für den 10. April!

Kehrt mit eisernem Besen Deutschland rein von Bürgerkriegsbanden und Beutepolitikern. Einem Gewitter gleich muß der 10. April die politische Atmosphäre Deutschlands reinigen von allen Drohungen mit Gewalt und Bürgerkrieg. Fort mit der Privatarmee eines Abenteurers! Fort mit der SA.!

Innerpolitische Stabilität ist die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands. Nur ein Deutschland, das nicht mehr vom Hitler-Fieber geschüttelt wird, kann die Kraft entwickeln, die zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist.

Hitler heißt: Inflation!

Hitler heißt: Vernichtung der sozialen Einrichtungen!

Hitler heißt: Preisgabe der Arbeitslosen, Arbeitsinvaliden und Kriegsopfer!

Hitler heißt: Krieg, Not, Hunger und Elend für das ganze deutsche Volk!

Kämpfer der Eisernen Front! Geht hinaus aufs flache Land! Sagt den Bauern, daß es Wahnwitz ist, wenn sie noch länger Politik gegen ihre Kundschaft in den Städten treiben. Kein Zoll- und Steuerzauber kann die Wirkungen sinkender Kaufkraft aufheben.

„Arbeiternot ist Bauerntod!"

Die breiten Verbrauchermassen der Städte sind die natürlichen Bundesgenossen der Bauern. Allein das Bündnis zwischen den Arbeitenden in Stadt und Land gibt die politische Macht, die ein neues Deutschland zu schaffen vermag. Ein Deutschland ohne Hunger und Not, ein Deutschland der nutzbringenden Arbeit für alle, für den Bauern und für den Arbeiter.

Beamte, Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe! Macht Schluß mit dem frevelhaften Spiel, das mit Euch und dem Schicksal des deutschen Volkes getrieben wird.

Die Geschichte wird ein hartes Urteil über alle fällen, die auch am 10. April noch töricht genug sind, trotz der Lehren des 13. März für Hitler und seine Bürgerkriegsarmee zu stimmen.

Wer Hitler oder Thälmann wählt, gefährdet seine und seiner Familie Existenz!

Hütet Euch, das kostbare Gut der politischen Freiheit preiszugeben.

Thälmann ist diesmal nicht nur Moskaus Zählmann. Jede Thälmann-Stimme am 10. April ist eine Hitlerstimme. Wer Hitler schlagen will, wählt Hindenburg.

Der 10. April ist zugleich eine Vorentscheidung für die Landtagswahlen am 24. April.

Frauen und Männer der Eisernen Front! Viel wird von Euch gefordert! Wochen der Opfer und Kämpfe liegen hinter Euch — neue Wochen schwerer Kämpfe stehen Euch bevor! Es geht um Großes! Kämpft weiter! Vorwärts zum neuen Angriff auf der ganzen Linie! Keine Ruhe dem geschlagenen Gegner! Am 10. April muß sich Hitler noch einmal stellen, um noch schwerer geschlagen zu werden. Mehr Stimmen für Hindenburg — das ist Hitlers politischer Tod!

Vorwärts für Volksrechte gegen Diktatur!

Berlin, 2. April 1932.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

Hitlers Rechtsanwalt Frank erklärt:

„Köpfe werden rollen!"

Der Legalitätsschwindel endgültig entlarvt

SPD. München, 2. April.

In einem Prozeß gegen die Münchener Presse erklärte der Rechtsvertreter Hitlers, Dr. Frank II, am Freitag, die NSDAP. denke an keine Bartholomäusnacht. Aber daran, daß Hitler nach der Machtergreifung einen deutschen Staatsgerichtshof einsetzen werde und daß

dann tatsächlich Köpfe rollen würden,

könne auch er, Frank, nichts ändern.

Mit dieser Erklärung des Frank II ist der Legalitätsschwindel der Nazipartei endgültig entlarvt. Denn daß vor einer Machtergreifung die Hitlerpartei keine Köpfe rollen lassen kann, versteht sich von selbst. Die Erklärung des Dr. Frank ist ein weiterer Beitrag zu der Frage, was von Hitlers feierlichen Versicherungen und Schwüren zu halten ist. Es scheint uns, daß diese Erklärung des offiziellen Rechtsvertreters Hitlers dem Reichsinnenminister Anlaß sein muß, erneut nachzuprüfen, ob in einem Rechtsstaat ein derartiges Treiben geduldet werden darf.

*

Bei dem Prozeß gegen die Münchener Post handelt es sich um die sogenannte Mordliste der Nazis, die im Braunen Haus angefertigt sein soll und von der die Münchener Post ein Faksimile veröffentlicht hatte. Hitler behauptet, daß die Liste gefälscht sei und auch alle andern Angaben über die Vorbereitung von Mordtaten durch seine Organisation unwahr seien.

In der Voruntersuchung hatte sich herausgestellt, daß der Münchener Post die angeblichen Mordlisten von dem SA.-Mann Johann Loedel in die Hände gespielt wurde. Loedel ist inzwischen von der Nazipartei ausgeschlossen worden. Sein Ausschluß erfolgte, weil er Mißstände innerhalb der SA. beseitigt wissen wollte. Bis zu dieser Zeit stand er

im Dienste der geheimen Nachrichtenabteilung, der sogenannten Spionagezentrale, des Braunen Hauses.

Bei seiner Vernehmung als unvereidigter Zeuge sagte Loedel aus, daß er diese Liste selbst angefertigt habe. Die Namen dazu seien ihm von SA.-Kameraden im Kasino des Braunen Hauses und zum Teil auch von Kommunisten genannt worden.

Den Auftrag, die Listen dem Abgeordneten Auer auszuhändigen und die Münchner Post damit hereinzulegen, habe er von dem Leiter der Nachrichtenabteilung, dem Grafen Dumoulin-Eckart erhalten.

Zur Glaubhaftmachung seiner Spitzeltätigkeit habe er dem Abgeordneten Auer auch drei Waffenlager angegeben, tatsächlich wurden aber nur in zwei kleineren Mengen Waffen gefunden. Ueber ein viertes großes Waffenlager in Gröbenzell bei München konnte der Zeuge nähere Ortsangaben nicht machen.

Der Hauptzeuge Dumoulin-Eckart war zur Vernehmung nicht erschienen. Er ließ durch den Hitleranwalt Frank II dem Gericht mittellen, daß er vor wenigen Tagen sein Schloßgut in Bertolsheim abgebrannt sei und er am Brandplatz bleiben müsse. Merkwürdigerweise hat sich dieser Graf auch allen Vernehmungen in der Voruntersuchung durch die verschiedenartigsten Ausreden entziehen können. Die Aussagen anderer Zeugen brachten keine weiteren sachlichen Aufschlüsse, auch nicht die Vernehmung des Entlastungszeugen Prinz zu Waldeck und Pyrmont, der als Stabschef des Reichs-SS.-Führer Himmler im Braunen Hause dem Geheimdienst, der eigentlichen Hitler Tscheka, vorsteht. Ein umfangreicher Beweisantrag der Verteidigung zur Klärung der Frage, ob die Führer der Nationalsozialistischen Partei politische Morde und andere Gewalttaten im Zusammenhang mit der Organisation des gewaltsamen Umsturzes vorbereiten und billigen, suchte Frank II in der bei ihm gewohnten theatralischen Manier als albern und völlig unwichtig hinzustellen.

Die Verhandlung wurde schließlich bis zum 5. April ausgesetzt. An diesem Tage soll der Zeuge Dumoulin-Eckart vernommen werden.

Das getarnte Chiemgau-Waffenlager

SPD. München, 1. April.

Die kürzlich von der bayrischen Kriminalpolizei ausgehobenen Chiemgau-Waffenlager sind Ueberreste aus der berüchtigten Kahr-Zeit, als die bayrische Einwohnerwehr gegen das Reich Fronde machte.

Das Hauptlager befand sich im Schloß von Brannenburg im Inntal, das 1924 vom staatlichen Forstärar als Privatbesitz erworben wurde. Als Schloßwart hielt damals der Forstrat Trittermann seinen Einzug, der von Anfang an unter der Maske eines staatstreuen Beamten den Chiemgaubund hitlerisch verseuchte. Er verstand es, die ahnungslosen Bauernburschen, die er zum Teil als Forstarbeiter einstellte, in einer Art Hörigkeitsverhältnis für seine politischen Ziele auszunützen.

Alle seine Vorgesetzten hielten ihn aber für einen königstreuen Bayern, der auf dem Boden der vereinigten vaterländischen Verbände eine rege politische Propaganda entfaltete. In Wirklichkeit betätigte er sich all die Jahre illegal zugunsten des Hakenkreuzes.

Hand in Hand mit ihm arbeitete der Chiemgauführer Jäger, der im Schloß von Aschau als Forstmeister des bekannten katholischen Politikers Freiherr von Cramer-Klett residierte. Im Sommer 1926 richtete dieser Trittermann auf der zum Schloß gehörenden sogenannten Schweinesteiger-Alm, die 1200 Meter hoch am Südabhang des Wendelsteins gelegen ist, einen Schießplatz ein, zu dessen Eröffnung sich auch der Adjutant des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht eingefunden hatte. Von der Waffenzentrale im Schloß wurde eine direkte Telephonleitung zu der 3½ Stunden entfernt gelegenen Alm eingerichtet und ein regelrechter Schießplatzbetrieb von dem Chiemgaubund Escherichs organisiert. Den Winter über waren ein Dutzend Bauernburschen mit der Zerlegung und Reinigung von Waffen beschäftigt gewesen. Schon damals wurde Mißtrauen gegen das Treiben dieses Beamten laut. An maßgebenden Stellen der Staatsführung aber begünstigte man diese Waffenkonzentration und glaubte, daß sich das Treiben des Chiemgaubundes nur gegen den Bolschewismus richte. Durch Verrat bekam damals schließlich die Entente-Kontrollkommission von dem Waffenlager im Schloß Brannenburg Kenntnis. Der Aushebung kamen aber die Chiemgauer zuvor. Sie verschleppten in einer Nacht mit einem Dutzend Lastautos 800 Infanterie-Gewehre, sechs Maschinengewehre, die entsprechende Menge Munition und einen Minenwerfer. Später wurden diese Waffen wieder im Schloß untergebracht.

Erst durch die politische Entwicklung im letzten Jahr und durch die Vorbereitungen, die diese Chiemgauführer für den bestimmt erwarteten Hitlersieg am 13. März getroffen hatten, kamen die verantwortlichen Stellen schließlich dahinter, daß

eine Anzahl ihrer eigenen Beamten im Chiemgau die treuesten Stützen der nationalsozialistischen Illegalität

sind. Deshalb griff man zu und hob die Nester aus. Was mit den Hakenkreuz-Beamten der bayrischen Staatsforstverwaltung geschehen wird, ist einstweilen noch nicht bekannt.

Verurteilte Nazi-Rohlinge

SPD. Stuttgart, 1. April.

Der Führer der Nationalsozialisten in Wendlingen, Eisenhändler Wilhelm Heilemann, wurde von dem Schöffengericht Cannstatt zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Heilemann und sein Gesinnungsfreund Hammele hatten in Wendlingen drei Arbeiter ohne jeden Anlaß überfallen und sie mit dem Messer und einem dicken Prügel so viehisch mißhandelt, daß zwei längere Zeit im Krankenhaus liegen mußten.

Das Revolverattentat auf den Abgeordneten Hermann

SPD. Zwickau, 2. April.

Zu dem von uns am Freitag gemeldeten Revolverattentat auf den sozialdemokratischen Abgeordneten des Sächsischen Landtags, Paul Hermann, erfahren wir noch, daß der Abgeordnete, als er im Begriff war, die zu seinem in Cainsdorf gelegenem Haus führende Gartentür aufzuschließen, plötzlich beschossen wurde. Der Abgeordnete flüchtete nach diesem Schuß auf einen hinter seinem Haus vorbeiführenden Fußweg. Dort wurde er wieder durch mehrere Schüsse bedroht. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Zwickau hat für die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 300 ℳ ausgesetzt.

Thüringer Landbund gegen Hitler

In einer einstimmig angenommenen Entschließung hat sich der Gesamtvorstand des Thüringer Landbundes gegen die Stellungnahme des Reichslandbundes zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ausgesprochen. Der Gesamtvorstand des Thüringer Landbundes spricht sich, so heißt es in der Entschließung, einstimmig gegen eine Hitler-Diktatur aus und überläßt damit die Stimmabgabe bei der Wahl dem gesunden Sinn seiner Bauern.

Parlamentskehraus in Paris

Tardieu zornig gegen Deutschfreundlichkeit der Sozialisten,

Kammer und Senat haben am Freitagnachmittag das Budget für das Finanzjahr 1932 endgültig verabschiedet und sich bis Anfang Juni vertagt. Da der Senat verschiedene von der Kammer geforderte Kredite, für die die entsprechenden Einnahmen fehlen, entschieden ablehnte, sah sich der Ministerpräsident während der dritten und vierten Lesung des Budgets in der Kammer gezwungen, nicht weniger als siebenmal die Vertrauensfrage gegen die Annahme dieser Kredite zu stellen. Die Regierung siegte in allen Fällen mit Mehrheiten, die zwischen 45 und 82 Stimmen schwankten. Die Budgeteinnahmen belaufen sich nach der endgültigen Fassung auf 41 100 Millionen Frank und die Ausgaben auf 41 097 Millionen, so daß sich theoretisch nur eine Ueberschuß von 3 Millionen Frank ergibt. Die Sozialisten stimmten im Senat und in der Kammer gegen die Annahme des Budgets.

In der Kammer kam es vor der Schlußabstimmung zu einem scharfen Wortgefecht zwischen dem Ministerpräsidenten und einigen Sozialisten. Abgeordneter Betouce legte dar, warum die sozialistische Fraktion nicht für das Budget stimmen könne. Er wies unter anderm darauf hin, daß das Budget nur mit Hilfe einer Neuausgabe von Schatzbonds ins Gleichgewicht gebracht sei, und beklagte sich darüber, daß sich die innere Schuld Frankreichs von 1926 bis jetzt um 124 Milliarden Frank erhöht habe. Diese

Verschlechterung der finanziellen Lage

sei auf die zweideutige Politik der Regierung zurückzuführen. Die Sozialisten würden die Wähler auf die ernsten Folgen dieser Politik hinweisen und ihnen klarmachen, daß man zwischen Abrüstung und dem Zusammenbruch wählen müsse.

Diese Erklärungen veranlaßten Tardieu zu einer scharfen Antwort, die zum Teil auch gegen Deutschland gerichtet war. Die Regierung werde, so sagte er, demnächst auf die Ausführungen des sozialistischen Redners antworten. Sie werde seine Ziffern widerlegen und zeigen, daß die ablaufende Legislaturperiode durch eine Reihe von Tatsachen charakterisiert sei, gegen die die Kritik der Sozialisten nichts ausrichten könne. Diese Tatsachen seien vor allem die Vollendung des

Werkes der finanziellen Wiederaufrichtung,

die Rückkehr zur Goldwährung, die Tilgung der schwebenden Schulden in Höhe von 21 Milliarden und Steuerermäßigungen in Höhe von 6 Milliarden Frank. „Sie (zu den Sozialisten gewandt) werfen der Regierung die Gewährung von Anleihen an ausländische Regierungen vor. Sie vergessen aber scheinbar, daß Léon Blum in zahlreichen Artikeln im Populaire diese Hilfe für das Ausland verlangt hat. Wenn die französische Regierung ihren politischen Freunden eine Unterstützung gewährt, die oft von dem Außenminister Briand gefordert worden ist, muß man ihr, Herr Grumbach, einen Vorwurf daraus machen, daß diese Länder nicht

einen Generalfeldmarschall zum Präsidenten

haben? (Großer Beifall rechts und in der Mitte, Proteste links.) Ihre Partei, die unaufhörlich zugunsten Deutschlands Kredite ohne jede Garantie verlangt, ist nicht dazu berechtigt, uns derartige Vorwürfe zu machen. Die Sozialisten, die alle Diktatoren angreifen, gehen sehr schonend mit der Diktatur der Notverordnungen in Deutschland um. Sie würden besser daran tun, etwas mehr Zurückhaltung zu beobachten." (Beifall rechts, heftige Proteste links.)

Abgeordneter Grumbach: „Ihre Ausführungen liefern der Hitler-Bewegung neue Argumente." — Tardieu: „Die Sozialisten beanspruchen auch für sich das Monopol des Friedens. Ich habe ihnen nur das entgegenzuhalten, was Frankreich in Genf unter meiner und Lavals Regierung zugunsten des Friedens getan hat.

Die Opposition wird in dem beginnenden Wahlkampf keine schüchternen und resignierten Gegner finden.

Sie hat uns oft genug angegriffen. Wir werden ihr jetzt unsere Argumente entgegensetzen. Dieser Meinungsaustausch wird am Sonnabend beginnen. Ich stehe dann zu ihren Diensten." (Lang anhaltender Beifall rechts und in der Mitte, Lärm auf der Linken.)

Es folgte die Schlußabstimmung. Nach den üblichen Dankesworten des Kammerpräsidenten und des Ministerpräsidenten ging die Kammer auseinander.

Deutschlands Demokratie und Friedensmacht

Sozialistische Belehrung für Tardieu

SPD. Paris, 2. April. Der demagogische Ausfall, den sich Ministerpräsident Tardieu in der Kammer gegen die Sozialisten erlaubt hat, wird vom Populair scharf unter die Lupe genommen. Tardieu sagte, er könne nicht den Unterschied verstehen, der zwischen dem Deutschland der Notverordnung und den Diktaturen in Südslawien, Ungarn, Polen, Rumänien usw. bestehe. Darauf antwortet der Populaire: In Deutschland gebe es eine sozialdemokratische Partei, die über eine Million Arbeiter zu ihren Mitgliedern zähle, ferner einen Gewerkschaftsbund, der über 4 Millionen Mitglieder umfasse. Das sei eine große

organisierte Macht für die Demokratie und den Frieden.

Aus parlamentarischen Gründen sei das normale Funktionieren des parlamentarischen Regimes nicht möglich. Infolgedessen nehme man Zuflucht zu außerparlamentarischen Regierungsmethoden. Aber

solange die Organisation des sozialistischen Proletariats nicht zerstört sei, könne in Deutschland keine Diktatur errichtet werden.

Die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Rechte beständen trotz des Regimes der Notverordnungen weiter. Könne man dasselbe von den Ländern sagen, denen Tardieu so edelmütig die Brieftasche des französischen Steuerzahlers geöffnet habe?

Nicht die äußere Form eines Regimes sei notwendig, sondern die soziale Wirklichkeit. Diese sei aber eine Funktion der sozialistischen Bewegung.

Das erkläre die Haltung der deutschen Sozialdemokratie bei der Präsidentenwahl. Die sozialdemokratischen Wähler hätten dadurch, daß sie für Hindenburg stimmten, wieder einmal die Demokratie und die Republik in Deutschland und damit den Frieden in Europa gerettet.

Wenn die faschistische Gefahr beseitigt sei, werde das deutsche Proletariat das Regime der Notverordnungen abschaffen und den Parlamentarismus wieder herstellen.

„Vollste Uebereinstimmung" zwischen Küchenthal und Groener

Amtlich wird mitgeteilt: Reichsminister Groener hat einer gelegentlich der Goethe-Feier in Weimar erfolgten Einladung des Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums, Minister Dr. Küchenthal, am 1. April nach Bad Harzburg entsprochen. Beide Minister haben in vollster Offenheit die politischen Fragen besprochen, die in letzter Zeit das Land Braunschweig berührt haben und dabei festgestellt, daß sie sich in vollster Uebereinstimmung befinden.

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:
Schlagt Hitler! Mehr Stimmen für Hindenburg.
„Köpfe werden rollen!"
Das getarnte Chiemgau-Waffenlager.
Parlamentskehraus in Paris.
Fehlschlag in der Sowjetwirtschaft.
Neue Kämpfe in Schanghai.
Ist Autarkie möglich? (2. Beilage.)
Industrie gegen Abschließung vom Weltmarkt.
Tagesbericht:
Bekenntnisse.
Massenumzüge im Osterfrieden.
Erlebnisse vor dem Schnellgericht.
Kunst und Wissenschaft:
Die Hamburger Sezession.
Neue Krebsforschungen.
Feuilleton:
Das Handtuch.
Film und Funk.
Elternhaus und Schule.
Gewerkschaftliche Umschau.